



Haushalts- und Finanzausschuss

36. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

9. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

11:25 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gespräch mit dem Vorstand der Ersten Abwicklungsanstalt – EAA	6
– Vortrag von Matthias Wargers (EAA)	6
– Nachfragen	11
2 Bericht der Landesregierung zur Reform der Grundsteuer	14
Vorlage 17/2038	
– Bericht durch Minister Lutz Lienenkämper (FM)	14
– Aussprache	15

¹ vertraulicher Teil mit TOP 16 siehe vAPr 17/16

3 Sachstand Grunderwerbsteuer – Wie geht es weiter? 18

Vorlage 17/2039

– Aussprache 18

4 Einstellungszusagen für 2020 an Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“ 20

Vorlage 17/1970

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Antrag in Vorlage 17/1970 zu, die Einwilligung zu erteilen.

5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2019/2020 und Bericht zur Unterrichtsversorgung 2019/2020 21

Vorlage 17/1981

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Grünen sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Verordnungsentwurf in Ziffer 1 der Vorlage 17/1981 zu.

6 NRW muss Vorreiter werden! Auf sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst verzichten 22Antrag
der Fraktion der SPD
Vorlage 17/5621

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

7 Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe 23Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Vorlage 17/5620

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Vorlage 17/5198
Stellungnahmen 17/1419 und 17/1440

– Aussprache 25

9 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW), Schloss Kalkum in Düsseldorf 26

Vorlage 17/1972

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/1972 zu.

10 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz (HHG) 2019 – Grundstück in Aachen, Nizzaallee 28

Vorlage 17/1973

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/1973 zu.

11 Bericht an den Landtag zur bevorstehenden Beschlussfassung und Unterzeichnung von drei Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern nach Artikel 91b des Grundgesetzes 29

Vorlage 17/2043

Der Ausschuss nimmt die Vorlage 17/2043 zur Kenntnis.

12 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2018 sowie unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2018 30

Vorlage 17/1933

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/1933 zu.

13 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2017 31

Vorlage 17/1931

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/1931 zu.

14 Refinanzierungskosten des Landes Nordrhein-Westfalen 32

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/2004

– Aussprache 32

15 Verschiedenes 33

* * *

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Vorlage 17/5198
Stellungnahmen 17/1419 und 17/1440

Vorsitzender Martin Börschel teilt mit, zu dem Gesetzentwurf habe man in der Sitzung am 4. April 2019 eine schriftliche Anhörung beschlossen.

Auf die beiden eingegangenen Stellungnahmen 17/1419 und 17/1440 weise er hin.

Stefan Zimkeit (SPD) verweist auf die Vorlage 17/1440, wonach nicht klar erkennbar sei, welche „fünf“ gestrichen werden solle.

MDgt Gerhard Heilgenberg (FM) sagt, es handele sich um ein Versehen. Die Landesregierung habe den Fehler gesehen und werde ihn beheben.

Vorsitzender Martin Börschel fragt nach der Art der Fehlerbehebung, denn das könne die Landesregierung nicht mehr selber. – Es werde nachgereicht, so **MDgt Gerhard Heilgenberg (FM)**.

Herbert Strotebeck (AfD) möchte wissen, warum nicht heute über den Gesetzentwurf abgestimmt werde. Schließlich sei doch inhaltlich alles klar.

Vorsitzender Martin Börschel antwortet, eine ordnungsgemäße Beratung der anderen Ausschüsse müsse sichergestellt sein. Insofern plädiere er dafür, im normalen Verfahren zu bleiben.

